

Beitragserhöhung vertagt

Auch in Achim erhebliche Skepsis gegenüber dem Kommunalverbund

ACHIM ■ Hude und Wildeshausen treten zum Jahresende aus dem Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen aus, und auch in Achim wächst die Skepsis gegenüber diesem überregionalen Gremium von Osterholz bis Hoya und Oldenburg bis Ottersberg.

Ausgangspunkt der jüngsten Generaldebatte im Achimer Ratsausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr war die vom Kommunalverbund beabsichtigte Erhöhung der Mitgliedsbeiträge der derzeit 27 Städte und Gemeinden ab Mai 2012 um 60 Prozent von 0,25 auf 0,40 Euro pro Einwohner. Zur Bewälti-

gung seiner Aufgaben will der Verbund so die Zahl seiner festen Stellen von 2,5 auf 4,75 erhöhen.

Achim hätte danach im Jahr 2013 12 016 Euro, 4506 Euro mehr als jetzt, Ottersberg 4848 Euro, 1818 Euro mehr, Oyten 6151 Euro (2306 Euro plus), Thedinghausen 10 738 Euro (plus 4026 Euro) und Verden mit 10 738 Euro 4026 Euro mehr zu zahlen. Gestern Nachmittag beriet der Kommunalverbund in Bremen über diese Beitragserhöhung, und Achims Bürgermeister Uwe Kellner plädierte dafür, die Erhöhung zu vertagen, da die Stadt ihren Haushalt erst im Früh-

jahr beschließen und nicht bevormundet werden könne. So wurde gestern in Bremen auch das Thema nach weiterer Beratung und Information auf Frühjahr 2012 vertagt.

Grundsätzlicher war die Kritik im Achimer Ausschuss, der für Regionalplanung zuständig ist. Axel Eggers (Grüne) fragte, was der Kommunalverbund überhaupt leiste und für die Stadt Achim bringe. Für das Bemühen um Unternehmensansiedlung in der globalisierten Weltwirtschaft habe man doch bereits die Metropolregion Bremen-Oldenburg. Wolfgang Heckel (WGA/FDP) bedauerte, dass

Bremen sich nicht an gemeinsam gefundene Kompromisse halte und es keine Sanktionsmöglichkeiten dagegen gebe. Auch Walter Rau (SPD) konnte keinen Nutzen und Vorteil für Achim durch den Kommunalverbund erkennen.

Massiver Widerspruch kam nur von Hans-Jürgen Wächter (SPD), der meinte, diese interkommunale Zusammenarbeit zwischen Großstädten und dem Umland sei unerlässlich und in vielen Gebieten der Bundesrepublik schon viel weiter fortgeschritten. Wenn es den Kommunalverbund nicht gäbe, müsste man ihn erfinden.“ ■ mb